



**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)**, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

13. Jahrgang, Nummer 05 / 2016

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser,*

zum Jahresende bitten wieder zahlreiche Organisationen um Spenden und in den Briefkästen häufen sich die Spendenbriefe. Auch der BBU ist zur Absicherung seines Engagements auf Spenden angewiesen und bittet Dich / Sie hiermit papiersparend um eine finanzielle Unterstützung seiner vielfältigen Aktivitäten gegen Fracking, gegen Atomanlagen und Atomkraftwerke, für den Gewässerschutz, für Artenschutz, für den Immissionsschutz u. a. m.

**Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE 62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33.**



*Menschenkette an der Gronauer Urananreicherungsanlage, 6. November 2016.*

*Foto: aaa-West. Der BBU war Mitorganisator der Aktion. Mehr dazu auf Seite 3.*

Auch über „Spendenportal.de“ kann mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden: <https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>.

Und: Willkommen sind uns auch neue BBU-Mitglieder (Initiativen, Organisationen und Privatpersonen). Neue BBU-Mitglieder können zur Absicherung unserer Arbeit beitragen. Aufnahmeanträge unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

*Herbstliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.*

### **1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle**

#### **Nach Bayer-Störfall: BBU-Vorstandsmitglied im SWR-Fernsehen**

Im Oktober hat sich bei BASF in Ludwigshafen ein schwerer Störfall ereignet. In einem Beitrag des SWR über den Störfall kam auch Oliver Kalusch zu Wort. Oliver Kalusch ist Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) und ist zudem Vorstandsmitglied des BBU.

<http://www.swr.de/zur-sache-rheinland-pfalz/nach-der-explosion-in-ludwigshafen-wie-sicher-ist-die-basf/-/id=7446566/did=18097654/nid=7446566/m7fd0t/index.html>

## 2. Themenbereiche

### Anlagensicherheit

#### **BBU und BUND kritisieren Ausschluss der Umweltverbände von der Arbeitsgruppe zur TA Abstand durch das Bundes-Umweltministerium**

Die Mitglieder der Kommission für Anlagensicherheit, Oliver Kalusch vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) und Claudia Baitinger vom Bundesarbeitskreis Immissionsschutz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben deutliche Kritik am Verhalten des Bundes-Umweltministeriums vorgebracht. Die Kritik richtet sich auf das Verfahren zur Formulierung einer neuen Verwaltungsvorschrift zur Festlegung von angemessenen Sicherheitsabständen zwischen Störfallbetrieben und sensiblen Gebieten, beispielsweise Wohngebieten. Statt die Zivilgesellschaft an der Arbeitsgruppe zur Erstellung der Technischen Anleitung Abstand (TA Abstand) zu beteiligen, schließt das Umweltministerium die Umweltverbände von den Beratungen aus und versucht, mit den Bundesländern wesentliche Festlegungen zu treffen. BBU und BUND befürchten, dass bisher in Deutschland etablierte Abstände deutlich reduziert werden und damit der existierende Schutz vor Störfällen abgebaut wird. Sie fordern eine sofortige Beteiligung an den Beratungen.

*Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und des BUND vom 21.10.2016. Vollständiger Text:*  
<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/21.10.16.pdf>

*Der Antrag des BBU nach dem Umweltinformationsgesetz ist abrufbar unter <http://bbu-online.de/Stellungnahmen.htm>  
Direktlink: <http://bbu-online.de/Stellungnahmen/UIG-Antrag%20BMUB-BBU-TA%20Abstand-oD.pdf>*

### Atomenergie

#### **Atomüll-Bergung ist noch keine Lösung**

Nach der sogenannten Bergung von rund 200 maroden Atomüllfässern beim Atomkraftwerk (AKW) Brunsbüttel warnt der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vor der weiteren Atomüll-Produktion in anderen Atomkraftwerken sowie in Uranfabriken. Der BBU betont, dass die Bergung der Atomüllfässer noch lange keine Lösung des Atomüllproblems in Brunsbüttel darstellt. Die für einen späteren Zeitpunkt angedachte Lagerung des Atomülls im Schacht Konrad bei Salzgitter ist absolut strittig. Die Anti-Atomkraft-Bewegung lehnt das Endlagerprojekt aus Sicherheitsgründen ab und wird weiterhin Proteste gegen die drohende Atomülleinlagerung organisieren.

*Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 05.10.2016. Vollständiger Text:*

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/05.10.16.pdf>

#### **NRW: AtomkraftgegnerInnen von grünem Wahlprogramm enttäuscht:**

Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sind enttäuscht vom Entwurf des Wahlprogramms der NRW-Grünen. Zwar wird allgemein der Ausstieg aus der Urananreicherung in Gronau gefordert, aber es fehlen jegliche konkrete Aussagen, wie und wann dies erreicht werden soll. Sehr enttäuscht sind die Anti-Atomkraft-Initiativen auch vom Programmteil zu den zahlreichen Atomtransporten durch NRW und zum Atomüll-Zwischenlager Ahaus.

*Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsorganisation „Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen“ vom 13.10.2016. Vollständiger Text:*

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/13.10.16.pdf>

#### **BBU kritisiert Ziel und Verfahren des Gesetzentwurfes „zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung“**

Der BBU hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie scharf kritisiert. Der Grund dafür: Das Ministerium hat dem BBU und einigen wenigen anderen Organisationen nur fünf Tage Zeit eingeräumt, um Stellungnahmen zum Gesetzentwurf „zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung“ zu verfassen. Trotzdem lässt sich eine Einschätzung abgeben: Die Verantwortung für die Finanzierung der atomaren Zwischen- und Endlagerung soll zukünftig der Bund tragen. Die Betreiber können sich mit einem finanziellen Betrag aus ihrer Verantwortung freikaufen. Wieder einmal werden die Gewinne, die aus umweltzerstörenden Projekten resultieren, privatisiert, während die Verluste weitgehend sozialisiert werden. Die Bundesregierung macht sich damit zum verlängerten Arm der Atomwirtschaft.

*Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 19.10.2016. Vollständiger Text:*

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/19.10.16.pdf>

#### **Atomausstieg in Lingen und Gronau**

##### **Ein Exportstopp für Brennelemente aus Lingen kann rechtssicher verfügt werden**

Die Ausfuhr von Brennelementen aus Lingen in die maroden Atomkraftwerke Doel, Cattenom und Fessenheim ist mit deutschem Recht nicht vereinbar und muss untersagt werden. Zu diesem Ergebnis kam die Rechtsanwältin Cornelia Ziehm bereits im Juli in einem von der Ärzteorganisation IPPNW beauftragten Rechtsgutachten. Die dazu im Widerspruch stehende Rechtsauffassung des Bundesumweltministeriums hat Ziehm in der nun vorliegenden Stellung-

nahme bewertet und in allen Punkten widerlegt. Die IPPNW und die im Antiatombündnis zusammen geschlossenen Bürgerinitiativen fordern Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nun auf, endlich zu handeln. „Verweigern Sie Ihre Zustimmung zum Export der Brennelemente in die unsicheren grenznahen Kraftwerke! Das Leben und die Gesundheit von uns BürgerInnen hier in Deutschland und in Belgien und Frankreich muss Vorrang haben vor jeglichen unternehmerischen Interessen“, erklärt Dr. Angelika Claußen (IPPNW).

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 21.10.2016, herausgegeben von IPPNW, BBU u. a.

Vollständiger Text: <https://www.ippnw.de/atomenergie/artikel/de/ein-exportstopp-fuer-brennelemente-a.html>

### **Nach brisantem Tihange-Katastrophen-Gutachten: Kein Uranbrennstoff aus Gronau und Lingen für AKWs in Belgien: "Umweltministerin Hendricks muss Uranexporte sofort stoppen"**

Der BBU und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen fordern nach der Veröffentlichung des äußerst bedrückenden Gutachtens zu den möglichen Folgen eines Super-GAUs im belgischen AKW Tihange von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks den sofortigen Stopp des Exports von angereichertem Uran aus dem westfälischen Gronau sowie von Brennelementen aus dem emsländischen Lingen, die der Versorgung der belgischen Pan-  
nenreaktoren dienen.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 28.10.2016. Vollständiger Text: <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/28.10.16.pdf>

### **700 fordern bei überregionaler Anti-Atomkraft-Demonstration in Lingen: "Atomkraft jetzt den Saft abdrehen – Uranfabriken schließen! Brennstoffexporte stoppen!"**

Mit einer überregionalen Demonstration am Atomstandort Lingen haben rund 700 Menschen am 29. Oktober, ein deutliches Zeichen für die Notwendigkeit eines umfassenden und sofortigen Atomausstiegs gesetzt. Die Demonstration stand unter dem Motto: „Atomkraftwerken den Saft abdrehen! Brennstoffversorgung aus Lingen und Gronau stoppen!“

Der „Trägerkreis Lingen-Demonstration 29.10.2016“, der die Demonstration organisiert hat, ist darüber erfreut, dass am Samstag besorgte Menschen aus Lingen und Umgebung gemeinsam mit Menschen aus anderen Regionen auf die Straße gegangen sind. Umfassende Informationen zur Anti-Atomkraft-Demonstration in Lingen finden sich unter [www.lingen-demo.de](http://www.lingen-demo.de)  
Pressemitteilung des Trägerkreises Lingen-Demonstration 29.10.2016 vom 29.10.2016. Vollständiger Text:



<http://bbu->

[online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/29.10.16.pdf](http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/29.10.16.pdf)

Der BBU ist Mitglied des Trägerkreises. Foto: aaa-west

### **Urananreicherung beenden statt Urenco-Konzern umstrukturieren!**

Die deutschen Anteile des internationalen Urenco-Konzerns werden von den Energiekonzernen RWE und E.ON gehalten. Beide Konzerne wollen ihre Urenco-Anteile verkaufen. Am Dienstag (1.11.2016) wurde bekannt, dass RWE und E.ON eine intern geplante Umstrukturierung des Urenco-Konzerns vereitelt haben. Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisieren, dass die Öffentlichkeit nicht über konkrete Details und Auswirkungen der Umstrukturierungspläne informiert wird. Initiativen und der BBU fordern von den Regierungen der Niederlande, von Großbritannien und der Bundesrepublik, dass die ständigen Verkaufs- und Strukturdebatten beendet werden. Alternativ sollen die Regierungen unverzüglich konkrete Stilllegungspläne für alle Urananreicherungsanlagen der Urenco entwickeln, damit mit dem angereicherten Uran nicht Atomkraftwerke in aller Welt weiterlaufen können und ständig neuer Atommüll produziert wird. Zudem ist die Urananreicherung militärisch äußerst brisant.

Aus einer Pressemitteilung des BBU, des Aktionsbündnisses Münsterland gegen Atomanlagen und des AKU Gronau vom 03.11.2016.

Vollständiger Text. <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/03.11.16.pdf>

### **NRW-Uranfabrik: 40 Jahre Widerstand / Menschenkette**

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Dreiländereck von NRW mit den Niederlanden und mit Niedersachsen haben am Sonntag (6. November) mit einer Menschenkette vor der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (NRW) demonstriert. Betrieben wird die Anlage vom Urenco-Konzern, dessen deutsche Anteile von den Energieunternehmen RWE und E.ON gehalten werden. Mit der Aktion wurde der Forderung nach sofortiger Stilllegung der Urananreicherungsanlage, sowie aller Atomkraftwerke und Atomanlagen weltweit, Nachdruck verliehen.

An der Menschenkette beteiligten sich 50 Personen. Konkrete Anlässe der Aktion waren zwei besondere Protest-Jubiläen: Seit inzwischen 30 Jahren treffen sich an jedem ersten Sonntag im Monat Anti-Atomkraft-Initiativen zum sogenannten Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage. Zudem blickt der Widerstand gegen die Anlage auf eine inzwischen 40jährige Geschichte zurück.

Spenden für den weiteren Widerstand gegen die UAA Gronau werden auf folgendes Konto erbeten: NUG e. V., Volksbank Gronau, IBAN: DE71 4016 4024 0143 1961 00, BIC: GENODEM1GRN, Stichwort: Menschenkette.

**Filmclip (You Tube) über die Menschenkette:** <https://www.youtube.com/watch?v=0MkmH0asBil>

Aus einer Pressemitteilung des BBU, des Aktionsbündnisses Münsterland gegen Atomanlagen und des AKU Gronau vom 07.11.2016.

Vollständiger Text: <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/07.112.16.pdf>

## **Uranfabrik Almelo (NL): ABC Abwehr Bataillon Höxter bei grenzüberschreitender militärischer Katastrophenschutzübung**

In Almelo (Niederlande) hat eine deutsch-niederländische Katastrophenschutzübung stattgefunden, die offenbar als militärische Übung durchgeführt wurde. Die Übung bezog sich auch auf die niederländische Urananreicherungsanlage in Almelo, die ebenso wie die Schwesteranlage in Gronau (NRW) vom Urenco-Konzern betrieben wird. Beteiligt an der Übung war auch das „ABC Abwehr Bataillon Höxter“.

Die niederländische Friedensstiftung VEDAN rief dazu auf, am 8. November 2016 an einer Mahnwache vor der Urananreicherungsanlage in Almelo teilzunehmen. Der BBU solidarisierte sich mit der Mahnwache und forderte die sofortige Stilllegung aller Urananreicherungsanlagen: In Almelo, in Gronau und anderswo.

In einer Pressemitteilung vom 7. November 2016 erläutert die Friedensstiftung VEDAN, warum sie die Katastrophenschutzübung kritisch begleitet. Mehr dazu unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/07.11.16.pdf>

## **BBU fordert umfassenden Schutz vor radioaktiven Stoffen durch das Strahlenschutzgesetz auch bei der Gas- und Ölförderung**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat im Rahmen der Verbändeanhörung des Bundes-Umweltministeriums zum Entwurf des Strahlenschutzgesetzes in zweifacher Form kritisch Stellung bezogen. In einer eigenen Stellungnahme hat der BBU die umfassende Berücksichtigung von radioaktiven Gefahren der Gas- und Ölindustrie gefordert. Der BBU fordert die Bundesregierung auf, sich den radioaktiven Gefahren der Gas- und Ölförderung zu stellen und den Entwurf des Strahlenschutzgesetzes zu überarbeiten. Zudem hat der BBU eine gemeinsame Stellungnahme zahlreicher Initiativen und Verbände unterzeichnet, in dem grundlegend die Gesundheit der Bevölkerung sowie die Unversehrtheit und die Vermeidung von genetischen Schäden für die Nachkommen eingefordert werden. Die Stellungnahme des BBU ist zu finden unter

<http://bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU-Stellungnahme%20Strahlenschutzgesetz.pdf>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 11.11.2016.

Vollständiger Text: <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/11.11.16.pdf>



## **Ende Gelände**

### **Ende Gelände 2017**

Vom 9. – 11. Dezember findet in Oldenburg ein Vorbereitungstreffen für die Ende-Gelände-Aktivitäten in 2017 statt.

Infos: <https://www.ende-gelaende.org/de/news/vorbereitungstreffen-in-oldenburg-9-bis-11-dezember>



## **Fracking / Gasbohren**

**Nach dem Fracking-Erlaubnispaket der Bundesregierung: „GEGEN GASBOHREN“ kämpft verstärkt gegen die gefährliche Gas- und Ölgewinnung**

Auf dem Bundestreffen des Zusammenschlusses „GEGEN GASBOHREN“ am 8./9.10.2016 in Quakenbrück haben die Fracking-Gegner klargestellt, dass sie sich durch das von der Bundesregierung verabschiedete und Anfang August veröffentlichte Pro-Fracking-Recht nicht von ihrem Widerstand abbringen lassen. Der Kampf gegen die unbeherrschbare Risikotechnik wird weitergehen und um jedes

Bohrloch erfolgen. Das Bündnis machte zudem klar, dass angesichts der erhöhten Krebsraten an Förderstandorten eine ungebremste Fortsetzung der Gas- und Ölförderung unverantwortlich ist. „GEGEN GASBOHREN“ erteilte auch den Plänen der niedersächsischen Landesregierung eine Absage, vor Ort zu fracken und die entstehenden Bohrschlämme in anderen Bundesländern entsorgen zu lassen.

Die Fracking-Gegner betonten auf ihrem Treffen, dass der Widerstand einerseits mit phantasievollen Aktionen außerhalb von Verwaltungsverfahren erfolgen werde. Zudem werde man sich jetzt verstärkt in bergrechtliche Genehmigungsverfahren für Fracking-Vorhaben und die Versenkung von Lagerstättenwasser einbringen.

Aus einer *Pressemitteilung* von „Gegen Gasbohren“ vom 11.10.2016. *Vollständiger Text:*

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/11.10.16.pdf>

## **BBU legt Einwendung gegen die Reststoffbehandlungsanlage der ExxonMobil auf dem Betriebsplatz Söhlingen ein**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat fristgerecht Einspruch gegen den Antrag der ExxonMobil Production Deutschland GmbH eingelegt. Der Konzern will auf dem Betriebsplatz Söhlingen im niedersächsischen Bellen eine neue Reststoffbehandlungsanlage errichten und betreiben. Der klageberechtigte Umweltverband BBU kritisiert insbesondere die unterbliebene Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), den fehlenden Nachweis der Erfüllung der Pflichten der Störfall-Verordnung und fehlende Angaben zu den Emissionen der Anlage. Der BBU fordert das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) als zuständige Genehmigungsbehörde auf, den geplanten Erörterungstermin abzusagen. Sollten die Antragsunterlagen nicht grundlegend überarbeitet werden, ist die beantragte Genehmigung bereits aus diesem Grund zu versagen.

Die Einwendung des BBU kann heruntergeladen werden unter

<http://bbu-bonn.de/Einwendungen/Einwendungen.htm>

Direktlink: [http://bbu-bonn.de/Einwendungen/Einspruch-Reststoffbehandlungsanlage\\_Soehlingen.pdf](http://bbu-bonn.de/Einwendungen/Einspruch-Reststoffbehandlungsanlage_Soehlingen.pdf)

Aus einer *BBU-Pressemitteilung* vom 24.10.2016, *vollständiger Text:*

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/24.10.16.pdf>

**Nachtrag: Inzwischen wurde der Erörterungstermin verschoben:** <http://www.rotenburger-rundschau.de/lokales/bothel/lbeg-sagt-termin-fuer-exxon-projekt-ab-143-einwendungen-117574.html>

## **Gemeinnützigkeit von Organisationen**

### **Zweieinhalb Jahre Belastung für Attac vorüber, Fragen bleiben**

Die Erleichterung bei Aktiven und Angestellten von Attac ist unbeschreiblich, als das Gericht verkündet: Die Arbeit von Attac ist gemeinnützig. Glückliche Gesichter bei Angestellten von Attac, Mitgliedern von Regionalgruppen und des Koordinations-Kreises, einige liegen sich in den Armen. Erst diese Erleichterung macht deutlich, unter welchem Druck, unter welcher Anspannung die vielen Attacis in den vergangenen zweieinhalb Jahren standen.

Quelle und weitere Informationen:

<http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/zweieinhalb-jahre-belastung-fuer-attac-vorueber>

## **Grundwasserverordnung**

### **BBU fordert: Gefahren des Fracking bei der Änderung der Grundwasserverordnung nicht ausblenden!**

Der BBU hat im Rahmen der Verbändeanhörung zur Änderung der Grundwasserverordnung gefordert, die Gefahren des Fracking und der Versenkung von Lagerstättenwasser nicht auszublenden. Die bisher vorgesehenen Untersuchungsprogramme für die Grundwasserqualität müssen um Stoffe erweitert werden, die in Frac-Fluiden sowie im Lagerstättenwasser enthalten sind. Anderenfalls droht eine schleichende, unbemerkte Kontamination des Grundwassers. Ein Monitoring erfolgt für die in Frac-Fluiden und dem Großteil der in Lagerstättenwasser enthaltenen Stoffe bisher nicht.

Die Stellungnahme des BBU zur 1. Verordnung zur Änderung der Grundwasserverordnung ist abrufbar unter <http://bbu-online.de>. Direktlink: <http://bbu-online.de/Stellungnahmen/GrwV-Ae1.pdf>

Aus einer *BBU-Pressemitteilung* vom 26.09.2016. *Vollständiger Text:*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/26.09.16.pdf>

## **Immissionsschutz**

### **BBU fordert schonungslose Aufklärung des BASF-Störfalls**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) zeigt sich zutiefst besorgt über den Störfall bei der BASF in Ludwigshafen, bei dem am Montag (17.10.2016) mindestens zwei Menschen zu Tode kamen und von dem die Anwohner großflächig betroffen sind. Der BBU fordert die öffentliche Aufklärung der Ursachen, wobei die Verantwortung nicht auf einzelne Beschäftigte abgewälzt werden darf, sondern auch die Konzernpolitik hinsichtlich der Anlagensicherheit auf den Prüfstand gehört. Als völlig unzureichend bezeichnet der BBU die Informationspolitik der

BASF gegenüber der Bevölkerung, die auch am Montagabend noch im Unklaren darüber war, in welchem Ausmaß Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 18.10.2016. Vollständiger Text: <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/18.10.16.pdf>

## TISA

### **Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz fordert: Nicht nur TTIP und CETA, auch Geheimverhandlungen zum Dienstleistungsabkommen TISA sofort stoppen!**

Mit Sorge betrachtet der BBU die derzeit stattfindenden Geheimverhandlungen der EU mit den USA sowie 50 weiteren Staaten zum Dienstleistungsabkommen TISA. Weder die Öffentlichkeit, noch die Parlamente werden an diesen Geheimverhandlungen beteiligt. Die Bundesregierung hat nach Abschluss der Verhandlungen lediglich die Möglichkeit, dem ausgehandelten Abkommen zuzustimmen. Änderungen oder Ausgleichs ökologischer und sozialer Schief lagen können nachträglich nicht mehr gefordert werden. TISA wird als Investitionsschutzabkommen auch Teil von CETA und TTIP sein. Der BBU ruft weiterhin zum Protest und zur Unterstützung einer Online-Aktion gegen TISA auf: „Fordern Sie jetzt von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und Bundeskanzlerin Angela Merkel den Stopp der Geheimverhandlungen.“, <https://www.campact.de/Tisa>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.10.2016. Vollständiger Text: <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/11.10.16.pdf>

## Tonergefahren

### **Gefährdung durch giftige Nanopartikel aus Laserdruckgeräten**

Die Erkrankungen durch Tonerstaub und Partikelemissionen beginnen meist wie eine verschleppte Erkältung, oft auch mit Rötungen der Augen, oder der Haut. Schnell kommt es zu Reizhusten. 81 % werden chronisch krank und 40 % schwer bis sehr schwer. Als Folge der chronischen Entzündung kommt es oft zu chronischer Erschöpfung, 25 % werden berufsuntfähig! Tausende Erkrankungsfälle hat nano-Control bereits registriert, doch das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Quelle: <https://www.nano-control.org/news-presse>

## Verkehrspolitik

### **Bundesverkehrswegeplan**

Der bundesverkehrswegeplan soll am 2. Dezember vom Bundestag verabschiedet werden. Doch es hagelt Kritik:

<http://www.solarify.eu/2016/08/10/815-kritik-am-neuen-bundesverkehrswegeplan>

<http://www.stadtzeitung.de/mering/politik/buerger-wollen-bei-verkehrsprojekten-mitreden-d17687.html>

## **3. Termine**

### **Umfangreiche Terminhinweise unter**

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

## **4. Nachruf**

### **Trauer um Willi Hesters**

Die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und auch weit darüber hinaus trauern um Willi Hesters. Der Sprecher des Aktionsbündnisses Münsterland gegen Atomanlagen ist am 26. September 2016 im Alter von nur 61 Jahren gestorben. Das innige Mitgefühl der Initiativen gilt seiner Frau und den Familienangehörigen.

Willi Hesters setzte sich seit vielen Jahren im Münsterland und anderswo unermüdlich für eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraftwerke und Uranfabriken ein.

Aus einer Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 30.09.2016 (Das Aktionsbündnis ist eine Mitgliedsorganisation des BBU).

Vollständige Pressemitteilung: Mehr unter

<http://westcastor.blogspot.de/2016/09/30/trauer-um-willi-hesters/>



**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 05 / 2016, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 28.11.2016. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.